

# Synopse

Änderung der GemHVO Hessen Stand: 14.02.2019

geltender Text GemHVO	Änderungstext	Begründung / Anmerkung
<p>§ 1</p> <p>Bestandteile des Haushaltsplans, Anlagen</p> <p>...</p> <p>(3) Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind jeweils in Teilhaushalte (§ 4) zu gliedern.</p> <p>(4) Dem Haushaltsplan sind beizufügen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Vorbericht,</li> <li>2. <del>die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung mit dem ihr zugrunde liegenden Investitionsprogramm; ergeben sich bei der Aufstellung des Haushaltsplans wesentliche Änderungen für die folgenden Jahre, so ist sie entsprechend fortzuschreiben,</del></li> </ol>	<p>§ 1</p> <p>Bestandteile des Haushaltsplans, Anlagen</p> <p>...</p> <p>(3) Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind jeweils in Teilhaushalte (§ 4) zu gliedern.</p> <p>(4) Im Ergebnis- und Finanzhaushalt sind die Ergebnisse des Haushaltsvorjahres, die Ansätze des Haushaltsvorjahres, die Ansätze des Haushaltsjahres, bei einem Doppelhaushalt der beiden Haushaltsjahre, und die Planungsdaten der folgenden drei Haushaltsjahre, bei einem Doppelhaushalt der folgenden zwei Haushaltsjahre, für jedes Haushaltsjahr getrennt gegenüberzustellen</p> <p>(5) Dem Haushaltsplan sind unter Beachtung von § 60 beizufügen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Vorbericht,</li> <li>2. das der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm;</li> </ol>	<p>Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit soll die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung in den Ergebnis- und Finanzhaushalt integriert werden.</p>

<p>3. das Haushaltssicherungskonzept, wenn ein solches erstellt werden muss,</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Ergebnishaushalt</p> <p>(4) Sind Jahresfehlbeträge aus Vorjahren nach Maßgabe des § 25 auszugleichen, <del>ist dem geplanten</del> Jahresergebnis nach Abs. 2 Nr. 5 die Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge gegenüberzustellen.</p> <p style="text-align: center;">§ 3 Finanzhaushalt</p> <p>(1) <del>Wird die Finanzrechnung nach der direkten Methode (§ 47 Abs. 2) geführt, ist</del> im Finanzhaushalt der geplante Zahlungsmittelfluss wie folgt darzustellen:</p> <p>20. Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen,</p> <p>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</p>	<p>3. das Haushaltssicherungskonzept, wenn ein solches <b>nach § 92a HGO</b> erstellt werden muss .....</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Ergebnishaushalt</p> <p>(4) Sind Jahresfehlbeträge aus Vorjahren nach Maßgabe des § 25 auszugleichen, <b>sind dem geplanten ordentlichen Ergebnis nach Abs. 2 Nr. 3, dem geplanten außerordentlichen Ergebnis nach Abs. 2 Nr. 4 und dem geplanten</b> Jahresergebnis nach Abs. 2 Nr. 5 <b>jeweils</b> die Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge gegenüberzustellen.</p> <p style="text-align: center;">§ 3 Finanzhaushalt</p> <p>(1) <b>Im Finanzhaushalt ist der geplante Zahlungsmittelfluss wie folgt darzustellen:</b></p> <p>20. Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen; <b>davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten,</b></p> <p>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</p>	<p>Die Regelungen zum indirekten Finanzhaushalt sollen aus der GemHVO gestrichen werden, da die Mehrzahl der hessischen Kommunen den Finanzhaushalt nach der direkten Methode führen. Für die Kommunen besteht aber weiterhin die Möglichkeit, den Finanzhaushalt zusätzlich auch nach der indirekten Methode darzustellen.</p> <p>Mit dem davon-Vermerk soll die Beurteilung des Ausgleichs des Finanzhaushalts erleichtert werden.</p>
--	---	--

<p>32. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse,</p> <p><del>(2) Wird die Finanzrechnung nach der indirekten Methode (§ 47 Abs. 3) geführt, ist im Finanzhaushalt der geplante Zahlungsmittelfluss wie folgt darzustellen:</del></p> <p><del>....</del></p> <p><del>....</del></p> <p><del>15. abzüglich Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse;</del></p> <p><del>Für jedes Haushaltsjahr sind dabei auszuweisen</del></p> <p><del>1. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8) als Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit,</del></p> <p><del>2. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 9 bis 13) als Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit,</del></p> <p><del>3. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 14 und</del></p>	<p>32. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse; <b>davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten,</b></p> <p><b>§ 3 Abs. 2 GemHVO – Finanzhaushalt nach der indirekten Methode - wird ersatzlos gestrichen.</b></p>	<p>Mit dem davon-Vermerk soll die Beurteilung des Ausgleichs des Finanzhaushalts erleichtert werden.</p>
--	---	--

<p><del>15) als Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit,</del></p> <p><del>4. die Summe der Salden nach Nr. 1 bis 3 als geplanter Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres,</del></p> <p><del>5. die Summe des geplanten Zahlungsmittelüberschusses oder Zahlungsmittelbedarfs des Haushaltsjahres (Nr. 4) und der geplante Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres als geplanter Endbestand der Zahlungsmittel am Ende des Haushaltsjahres.</del></p> <p><del>Der Finanzhaushalt ist durch eine Aufstellung der geplanten Einzahlungen und Auszahlungen in der Gliederung nach Abs. 1 zu ergänzen.</del></p> <p>(3) Die Summe des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit soll mindestens so hoch sein, dass daraus die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten sowie an das Sondervermögen Hessenkasse geleistet werden können.</p>	<p>(2) Die Summe des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit soll mindestens so hoch sein, dass daraus die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten sowie an das Sondervermögen Hessenkasse geleistet werden können, <b>soweit die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung nicht durch zweckgebundene Einzahlungen gedeckt sind.</b></p> <p>(3) <b>Nachrichtlich sind jeweils anzugeben zu § 3 Abs. 1 Nr. 31 der in den Einzahlungen enthaltene Betrag für Umschuldungen, zu § 3 Abs. 1 Nr. 32 der in den Auszahlungen enthaltene Betrag für Umschuldungen, zu § 3</b></p>	<p>Inhaltliche Anpassung an § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO</p>
--	---	---

<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Teilhaushalte, Budgets</p> <p>(2) Die Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte sind nach vorgegebenen Produktbereichen oder nach der örtlichen Organisation produktorientiert zu gliedern. Werden die Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation gegliedert, sind die der Organisationseinheit zugewiesenen örtlichen Produktgruppen und Produkte darzustellen. Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die finanzstatistischen Meldungen in der dafür geltenden Systematik abgegeben werden. Die vorgegebenen Produktbereiche können auf mehrere Teilhaushalte aufgeteilt werden; sie sind in diesem Fall in einer besonderen Übersicht darzustellen. In den Teilhaushalten sollen <u>außer dem</u> Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden.</p> <p>(3) Jeder Teilergebnishaushalt enthält die auf ihn entfallenden Aufwendungen und Erträge nach § 2 Abs. 1 sowie Kosten und Erlöse aus internen <u>Leistungsverrechnungen</u>. Für jeden Teilergebnishaushalt ist ein Teilabschluss nach § 2 Abs. 2 ergänzt um das Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen zu bilden.</p> <p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Vorbericht</p>	<p style="text-align: center;">Abs. 1 Nr. 37 der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltende Bestand an flüssigen Mitteln ohne Liquiditätskredite.</p> <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Teilhaushalte, Budgets</p> <p>(2) Die Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte sind nach vorgegebenen Produktbereichen oder nach der örtlichen Organisation produktorientiert zu gliedern. Werden die Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation gegliedert, sind die der Organisationseinheit zugewiesenen örtlichen Produktgruppen und Produkte darzustellen. Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die finanzstatistischen Meldungen in der dafür geltenden Systematik abgegeben werden. Die vorgegebenen Produktbereiche können auf mehrere Teilhaushalte aufgeteilt werden; sie sind in diesem Fall in einer besonderen Übersicht darzustellen. In den Teilhaushalten sollen <u>nach den örtlichen Steuerungsbedürfnissen für die wesentlichen Produkte</u> Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden.</p> <p>(3) Jeder Teilergebnishaushalt enthält die auf ihn entfallenden Aufwendungen und Erträge nach § 2 Abs. 1 sowie Kosten und Erlöse aus internen <u>Leistungsbeziehungen</u>. Für jeden Teilergebnishaushalt ist ein Teilabschluss nach § 2 Abs. 2 ergänzt um das Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen zu bilden.</p> <p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Vorbericht</p>	<p>Beschränkung der Definition von Leistungszielen und Kennzahlen auf wesentliche Produkte eines Teilhaushalts.</p> <p>Redaktionelle Anpassung</p>
---	---	--

<p>(2) Der Vorbericht enthält einen Ausblick insbesondere auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung.</p> <p style="text-align: center;">§ 7 Haushaltsplan für zwei Jahre</p> <p>(2) Die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung im ersten Haushaltsjahr ist der Gemeindevertretung vor Beginn des zweiten Haushaltsjahres vorzulegen.</p> <p style="text-align: center;">§ 9 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung</p> <p>(2) Der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm zugrunde zu legen.</p>	<p>(2) Der Vorbericht enthält einen Ausblick insbesondere auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. <b>Im Vorbericht ist darzustellen,</b></p> <p><b>1. in welcher Höhe die Gemeinde im Haushaltsvorjahr Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit (Liquiditätskredite) in Anspruch nimmt,</b></p> <p><b>2. ob bis zum Jahresende nicht zurückgeführte Kassenkredite zurückgeführt werden sollen</b></p> <p><b>3. ob und inwieweit die Verpflichtung nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO erfüllt werden kann,</b></p> <p><b>4. in welchem Umfang flüssige Mittel, welche für die Inanspruchnahme von Rückstellungen notwendig sind, eingesetzt werden sollen.</b></p> <p style="text-align: center;">§ 7 Haushaltsplan für zwei Jahre</p> <p>(2) Die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung im ersten Haushaltsjahr ist der Gemeindevertretung <b>und der Aufsichtsbehörde</b> vor Beginn des zweiten Haushaltsjahres vorzulegen.</p> <p style="text-align: center;">§ 9 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung</p> <p>(2) Der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm zugrunde zu legen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Änderungen in §§ 105 und 106 HGO durch das HessenkasseG sollen im Vorbericht verpflichtend auf Liquiditätskredite und die Liquiditätsreserve eingegangen werden.</p>
---	--	---

<p>Darin sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. In jedem Jahresabschnitt sollen die fortzuführenden und neuen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit den auf das betreffende Jahr entfallenden Teilbeträgen aufgeführt werden. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, deren Investitionssummen die von der Gemeinde festgelegten Wertgrenzen unterschreiten, können zusammengefasst werden. Ergeben sich bei <del>der</del> Aufstellung <del>des Haushaltsplans</del> wesentliche Änderungen für die folgenden Jahre, <del>so ist das Programm entsprechend fortzuschreiben</del>. Das Investitionsprogramm kann mit den Teilfinanzhaushalten verbunden werden.</p> <p>(3) Bei <del>der</del> Aufstellung <del>und</del> Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sollen die nach § 101 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung bekannt gegebenen Orientierungsdaten unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden.</p>	<p>Darin sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. In jedem Jahresabschnitt sollen die fortzuführenden und neuen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit den auf das betreffende Jahr entfallenden Teilbeträgen aufgeführt werden. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, deren Investitionssummen die von der Gemeinde festgelegten Wertgrenzen unterschreiten, können zusammengefasst werden. <b>Ergeben sich bei der Aufstellung oder Fortschreibung wesentliche Änderungen für die folgenden Jahre, sind diese zu erläutern.</b> Das Investitionsprogramm kann mit den Teilfinanzhaushalten verbunden werden.</p> <p>(3) <b>Bei Aufstellung oder Fortschreibung</b> der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sollen die nach § 101 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung bekannt gegebenen Orientierungsdaten unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Planungsgrundsätze</p> <p>(3) In den Teilhaushalten sollen produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Die Ziele und Kennzahlen bilden die Grundlage für die Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Planungsgrundsätze</p> <p>(3) In den Teilhaushalten sollen produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. <b>Die Ziele und Kennzahlen nach § 4 Abs. 2 bilden die Grundlage für die Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft und sind in</b></p>	

<p style="text-align: center;">§ 22 Liquiditätssicherung.</p> <p>(1) <del>Die flüssigen Mittel</del> müssen für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein. <del>Solange sie</del> nicht für Auszahlungen benötigt werden, sind sie sicher und Ertrag bringend anzulegen.</p> <p style="text-align: center;">§ 24 Haushaltsausgleich</p> <p>(1) <del>Übersteigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge und der Zins- und sonstigen Finanzerträge den Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen, ist der Unterschiedsbetrag im Haushaltsplan als Überschuss auszuweisen und bei der Aufstellung des Jahresabschlusses der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses des Ergebnishaushalts gebildeten Rücklage zuzuführen, soweit er nicht zum Ausgleich des außerordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres benötigt wird.</del></p> <p>(2) <del>Übersteigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge und der Zins- und sonstigen Finanzerträge, darf der Unterschiedsbetrag im</del></p>	<p style="text-align: center;"><del>die Berichterstattung nach § 28 GemHVO einzubeziehen.</del></p> <p style="text-align: center;">§ 22 Liquiditätssicherung</p> <p>(1) <b>Flüssige Mittel, welche die Liquiditätsreserve nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO übersteigen, müssen für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein. Soweit flüssige Mittel absehbar nicht für Auszahlungen benötigt werden, sind sie sicher und Ertrag bringend anzulegen.</b></p> <p style="text-align: center;">§ 24 <b>Ausgleich des Ergebnishaushalts und der Ergebnisrechnung</b></p> <p><b>Der Ergebnishaushalt und die Ergebnisrechnung sind im ordentlichen Ergebnis unter Berücksichtigung von vorgetragenen Jahresfehlbeträgen ausgeglichen, wenn</b></p> <p><b>1. der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge und der Zins- und sonstigen Finanzerträge mindestens ebenso hoch ist wie der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen oder</b></p> <p><b>2. im ordentlichen Ergebnis der Fehlbedarf und der Fehlbetrag durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Rücklagen ausgeglichen werden können.</b></p>	
---	---	--



Haushaltsplan als Fehlbedarf und bei der Aufstellung des Jahresabschlusses als Fehlbetrag ausgewiesen werden, sofern bei den Aufwendungen alle Einsparungsmöglichkeiten genutzt und alle Ertragsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, darf bei der Aufstellung des Jahresabschlusses vor dem Abschluss der Bücher der Fehlbetrag mit Mitteln aus der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses des Ergebnishaushalts gebildeten Rücklage ausgeglichen werden.

(3) Ist ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nach Abs. 2 nicht möglich, dürfen Mittel aus dem außerordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushalts und der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses der Vorjahre gebildeten Rücklage bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum Ausgleich verwendet werden, soweit diese Mittel nicht für die Finanzierung von unabweisbaren Investitionen oder zur vorrangigen außerordentlichen Tilgung von Krediten benötigt werden.

(4) Ist ein Ausgleich des Ergebnishaushalts nach Abs. 2 nicht möglich, ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen (§ 92 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung). Im Haushaltssicherungskonzept sind die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Es muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll.

## ~~Ausgleich von Fehlbeträgen des Jahresabschlusses~~

- (1) Ein Jahresfehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis soll unverzüglich durch Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses folgender Haushaltsjahre ausgeglichen werden.
- (2) Ist ein Ausgleich nach Abs. 1 nicht oder nur teilweise möglich, darf der verbleibende Fehlbetrag aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses folgender Haushaltsjahre ausgeglichen werden, soweit diese Mittel nicht für die Finanzierung von unabweisbaren Investitionen oder zur vordringlichen außerordentlichen Tilgung von Krediten benötigt werden.
- (3) Ist ein Ausgleich nach Abs. 1 und 2 nicht oder nur zum Teil möglich, so ist der Fehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.
- (4) Ein Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis soll innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden.

## Behandlung von Jahresüberschüssen und von Jahresfehlbeträgen

- (1) Ein in der Ergebnisrechnung ausgewiesener Jahresüberschuss im ordentlichen Ergebnis ist in folgender Reihenfolge zu verwenden:
  1. Abdeckung von Jahresfehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis der Haushaltsvorjahre,
  2. Zuführung zu der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage.
- (2) Ein in der Ergebnisrechnung ausgewiesener Jahresfehlbetrag im ordentlichen Ergebnis ist in folgender Reihenfolge zu behandeln:
  1. Ausweis als Fehlbetrag bei der Aufstellung des Jahresabschlusses; der Fehlbetrag darf vor dem Abschluss der Bücher mit Mitteln aus der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage ausgeglichen werden,
  2. Vortrag auf neue Rechnung.

**Ist ein Ausgleich nach Nr. 1 nicht oder nur zum Teil möglich, soll ein Jahresfehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis unverzüglich durch Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses folgender Haushaltsjahre ausgeglichen werden.**

- (3) Ein in der Ergebnisrechnung ausgewiesener Jahresüberschuss im außerordentlichen Ergebnis ist in folgender Reihenfolge zu verwenden:**
- 1. Abdeckung von Jahresfehlbeträgen im außerordentlichen Ergebnis der Haushaltsvorjahre,**

In § 25 sollen die Vorschriften zur Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen in der Ergebnisrechnung zusammengefasst werden.

Ein Überschuss im außerordentlichen Ergebnis soll nicht mehr zur Abdeckung von Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis eingesetzt werden können.

<p>§ 28 Berichtspflicht</p>	<p>2. Zuführung zu der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage.</p> <p>(4) Ein in der Ergebnisrechnung ausgewiesener Jahresfehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis ist in folgender Reihenfolge zu behandeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Entnahme aus der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage,</li> <li>2. Vortrag auf neue Rechnung.</li> </ol> <p>Ein vorgetragener Fehlbetrag auf neue Rechnung soll innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden. Abweichend davon können Verluste aus der unentgeltlichen Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens an juristische Personen des öffentlichen Rechts bei der Aufstellung des Jahresabschlusses mit dem Eigenkapital verrechnet werden. Die Verrechnungen sind im Anhang zu erläutern.</p> <p>(5) Steht für den Ausgleich von Fehlbeträgen kein Eigenkapital zur Verfügung, ist die Gemeinde im Sinne von § 92 Abs. 7 HGO überschuldet. In diesem Fall ist in der Vermögensrechnung (Bilanz) auf der Aktivseite der Posten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen.</p> <p>§ 28 Berichtspflicht</p>	<p>Verluste aus der unentgeltlichen Übertragung von Vermögensgegenständen sollen außerhalb der Ergebnisrechnung unmittelbar mit dem Eigenkapital verrechnet werden können.</p> <p>Im Hinblick auf § 92 Abs. 7 HGO soll definiert werden, wann eine Kommune überschuldet ist.</p>
---------------------------------	--	--

<p>(1) Die Gemeindevertretung ist mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Die sich aus dem Finanzstatusbericht ergebende Bewertung der Gemeinde ist in die Berichtspflicht einzubeziehen.</p> <p>(2) Die Gemeindevertretung ist unverzüglich zu unterrichten, wenn sich abzeichnet, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich das geplante Ergebnis des Ergebnishaushalts oder des Finanzhaushalts wesentlich verschlechtert,</li> <li>2. sich die Gesamtauszahlungen einer Maßnahme des Finanzhaushalts wesentlich erhöhen werden.</li> </ol> <p style="text-align: center;">§ 30</p> <p style="text-align: center;">Stundung, Niederschlagung und Erlass</p> <p>(2) Ansprüche dürfen niedergeschlagen werden, wenn <b>feststeht</b>, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen.</p> <p style="text-align: center;">§ 36</p> <p style="text-align: center;">Inventurvereinfachungen</p>	<p>(1) Die Gemeindevertretung ist mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs <b>unter Einbeziehung von produktorientierten Zielen und Kennzahlen</b> zu unterrichten. Die sich aus dem Finanzstatusbericht ergebende Bewertung <b>der finanziellen Leistungsfähigkeit</b> der Gemeinde ist in die Berichtspflicht einzubeziehen.</p> <p>(2) Die Gemeindevertretung ist unverzüglich zu unterrichten, wenn sich abzeichnet, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich das geplante Ergebnis des Ergebnishaushalts oder des Finanzhaushalts wesentlich verschlechtert,</li> <li>2. sich die Gesamtauszahlungen einer Maßnahme des Finanzhaushalts wesentlich erhöhen werden <b>oder</b></li> <li>3. <b>die Gemeinde die Liquiditätskredite nicht bis zum Ende des Haushaltsjahres zurückführen kann (§ 105 Abs. 1 S. 3 HGO).</b></li> </ol> <p><b>(3) Die Berichte sind zeitgleich der Aufsichtsbehörde vorzulegen.</b></p> <p style="text-align: center;">§ 30</p> <p style="text-align: center;">Stundung, Niederschlagung und Erlass</p> <p>(2) Ansprüche dürfen niedergeschlagen werden, wenn <b>zu erwarten ist</b>, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen.</p> <p style="text-align: center;">§ 36</p> <p style="text-align: center;">Inventurvereinfachungen</p>	<p>Anpassung der Voraussetzungen für eine Niederschlagung an § 261 AO</p>
---	--	---

<p>(4) Auf eine Erfassung der abnutzbaren, beweglichen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von <del>440</del> Euro ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, kann verzichtet werden.</p> <p style="text-align: center;">§ 37 Aufbewahrung von Unterlagen, Aufbewahrungsfristen</p> <p>(3) <del>Nach Ablauf von drei Jahren seit Beginn der Aufbewahrungsfrist können die Bücher, Inventare und Belege auf Bild- oder Datenträgern aufbewahrt werden</del>, wenn sichergestellt ist, dass der Inhalt der Bild- oder Datenträger mit den Originalen übereinstimmt und jederzeit lesbar gemacht werden kann. Die Bild- oder Datenträger sind nach Abs. 1 und 2 anstelle der Originale aufzubewahren. Der Bürgermeister kann zulassen, dass der Inhalt von Büchern <del>und Belegen</del> vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist auf Bild- oder Datenträger übernommen wird, wenn sichergestellt ist, dass die Daten innerhalb der Frist jederzeit in ausgedruckter Form lesbar gemacht werden können. Bei Betrieben gewerblicher Art ist § 147 der Abgabenordnung zu beachten.</p> <p style="text-align: center;">§ 41 Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden</p> <p>(5) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines abnutzbaren beweglichen Vermögensgegenstandes, der einer selbständigen Nutzung</p>	<p>(4) Auf eine Erfassung der abnutzbaren, beweglichen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von <b>800</b> Euro ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, kann verzichtet werden.</p> <p style="text-align: center;">§ 37 Aufbewahrung von Unterlagen, Aufbewahrungsfristen</p> <p>(3) <b>Belege können nach Eingang bei der Gemeinde, Bücher und Inventare nach Ablauf von drei Jahren seit Beginn der Aufbewahrungsfrist, auf Bild- oder Datenträgern aufbewahrt werden</b>, wenn sichergestellt ist, dass der Inhalt der Bild- oder Datenträger mit den Originalen übereinstimmt und jederzeit lesbar gemacht werden kann. Die Bild- oder Datenträger sind nach Abs. 1 und 2 anstelle der Originale aufzubewahren. Der Bürgermeister kann zulassen, dass der Inhalt von Büchern vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist auf Bild- oder Datenträger übernommen wird, wenn sichergestellt ist, dass die Daten innerhalb der Frist jederzeit in ausgedruckter Form lesbar gemacht werden können. Bei Betrieben gewerblicher Art ist § 147 der Abgabenordnung zu beachten.</p> <p style="text-align: center;">§ 41 Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden</p> <p>(5) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines abnutzbaren beweglichen Vermögensge-</p>	<p>Anpassung an die steuerrechtliche Wertgrenze für GWG</p> <p>Den Kommunen soll es aus praktischen Gründen und im Vorfeld der Einführung der E-Rechnung ermöglicht werden, Belege kurzfristig nach Eingang nur noch in elektronischer Form vorzuhalten</p>
---	---	---

<p>fähig ist, können im Haushaltsjahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Aufwand behandelt werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für den einzelnen Vermögensgegenstand <del>440</del> Euro nicht übersteigen. Davon abweichend kann für solche Vermögensgegenstände im Haushaltsjahr der Anschaffung oder Herstellung ein Sammelposten gebildet werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für den einzelnen Vermögensgegenstand <del>150</del>-Euro, aber nicht 1000 Euro übersteigen. Der Sammelposten ist im Haushaltsjahr seiner Bildung und den folgenden vier Haushaltsjahren mit jeweils einem Fünftel ergebniswirksam aufzulösen. Scheidet ein solcher Vermögensgegenstand aus dem Anlagevermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert. Die Sätze 1 bis 3 sind für alle in einem Haushaltsjahr angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstände einheitlich anzuwenden.</p> <p>(7) Übersteigen in einem Haushaltsjahr die Benutzungsgebühren, die von der Gemeinde für die Benutzung einer ihrer öffentlichen Einrichtungen nach § 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom <del>20. Dezember 2015</del> (GVBl. I S. <del>618</del>), erhoben werden, die Kosten dieser Einrichtung, ist der Unterschiedsbetrag in der Schlussbilanz dieses Haushaltsjahres auf</p>	<p>genstandes, der einer selbständigen Nutzung fähig ist, können im Haushaltsjahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Aufwand behandelt werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für den einzelnen Vermögensgegenstand <b>800</b> Euro nicht übersteigen. Davon abweichend kann für solche Vermögensgegenstände im Haushaltsjahr der Anschaffung oder Herstellung ein Sammelposten gebildet werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für den einzelnen Vermögensgegenstand <b>250</b> Euro, aber nicht 1000 Euro übersteigen. Der Sammelposten ist im Haushaltsjahr seiner Bildung und den folgenden vier Haushaltsjahren mit jeweils einem Fünftel ergebniswirksam aufzulösen. Scheidet ein solcher Vermögensgegenstand aus dem Anlagevermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert. Die Sätze 1 bis 3 sind für alle in einem Haushaltsjahr angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstände einheitlich anzuwenden.</p> <p>(7) Übersteigen in einem Haushaltsjahr die Benutzungsgebühren, die von der Gemeinde für die Benutzung einer ihrer öffentlichen Einrichtungen nach § 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom <b>28. Mai 2018</b> (GVBl. I S. <b>247</b>), erhoben werden, die Kosten dieser Einrichtung, ist der Unterschiedsbetrag in der Schlussbilanz dieses Haushaltsjahres auf</p>	<p>Anpassung an die steuerrechtliche Wertgrenze für GWG</p> <p>Anpassung an die untere Wertgrenze zur Bildung eines Sammelpostens im Steuerrecht</p>
---	--	--

<p>der Passivseite als Sonderposten für den Gebührenausschleich anzusetzen.</p> <p>(8) Übersteigen in einem Haushaltsjahr die Erträge der nach § 50 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes, zu erhebenden Umlage die Aufwendungen, zu deren Ausgleich die Umlage zu erheben ist, ist der Unterschiedsbetrag in der Schlussbilanz dieses Haushaltsjahres auf der Passivseite als Sonderposten für die Rückzahlung von Umlagen anzusetzen. Der Sonderposten ist im folgenden Haushaltsjahr ertragswirksam aufzulösen.</p> <p style="text-align: center;">§ 46 Ergebnisrechnung, Planvergleich</p> <p>(3) Zur Ermittlung des Jahresergebnisses der Ergebnisrechnung sind die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen gegenüberzustellen. <del>Ein Überschuss beim ordentlichen Ergebnis ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, ein Überschuss beim außerordentlichen Ergebnis ist der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.</del></p> <p style="text-align: center;">§ 47 Finanzrechnung, Planvergleich</p> <p>(1) <del>Die Finanzrechnung kann nach der direkten Methode, bei der das Finanzrechnungskonto primär bebucht und das entsprechende Konto der Ergebnisrechnung mitbebucht wird, oder nach der indirekten Methode, bei der der Zahlungs-</del></p>	<p>der Passivseite als Sonderposten für den Gebührenausschleich anzusetzen.</p> <p>(8) Übersteigen in einem Haushaltsjahr die <b>tatsächlichen</b> Erträge der nach § 50 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes, zu erhebenden Umlage die <b>tatsächlichen</b> Aufwendungen, zu deren Ausgleich die Umlage zu erheben ist, ist der Unterschiedsbetrag in der Schlussbilanz dieses Haushaltsjahres auf der Passivseite als Sonderposten für die Rückzahlung von Umlagen anzusetzen. Der Sonderposten ist im folgenden Haushaltsjahr ertragswirksam aufzulösen.</p> <p style="text-align: center;">§ 46 Ergebnisrechnung, Planvergleich</p> <p>(3) Zur Ermittlung des Jahresergebnisses der Ergebnisrechnung sind die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen gegenüberzustellen.</p> <p style="text-align: center;">§ 47 Finanzrechnung, Planvergleich</p>	<p>Die Regelungen zur Ergebnisverwendung finden sich neu in § 25 GemHVO</p> <p>Neben den Vorschriften zum indirekten Finanzhaushalt sollen konsequenterweise auch die Regelungen zur indirekten Finanzrechnung gestrichen werden.</p>
--	---	---



<p><del>mittelfluss aus den Konten der Ergebnisrechnung und den Bilanzkonten entwickelt wird, geführt werden.</del></p> <p>(2) <del>Wird die Finanzrechnung nach der direkten Methode geführt</del>, sind die im Haushaltsjahr eingegangenen haushaltswirksamen Einzahlungen und geleisteten haushaltswirksamen Auszahlungen sowie die haushaltsunwirksamen Einzahlungen und haushaltsunwirksamen Auszahlungen (§ 15) mindestens wie folgt auszuweisen:</p> <p>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</p> <p>20. Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen,</p> <p>Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</p> <p>32. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse;,,</p> <p>haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge</p> <p>35. haushaltsunwirksame Einzahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von</p>	<p>(1) In der Finanzrechnung sind die im Haushaltsjahr eingegangenen haushaltswirksamen Einzahlungen und geleisteten haushaltswirksamen Auszahlungen sowie die haushaltsunwirksamen Einzahlungen und haushaltsunwirksamen Auszahlungen (§ 15) mindestens wie folgt auszuweisen:</p> <p>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</p> <p>20. Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen; davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten,</p> <p>Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</p> <p>32. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse; davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten,</p> <p>haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge</p> <p>35. haushaltsunwirksame Einzahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Rückzahlung von</p>	<p>Mit dem davon-Vermerk soll die Beurteilung des Ausgleichs der Finanzrechnung erleichtert werden.</p> <p>Mit dem davon-Vermerk soll die Beurteilung des Ausgleichs der Finanzrechnung erleichtert werden.</p>
---	---	---



<p><del>Kassenkredit</del>en),</p> <p>36. haushaltsunwirksame Auszahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten),</p> <p><del>(3) Wird die Finanzrechnung nach der indirekten Methode geführt, ist der Zahlungsmittelfluss wie folgt darzustellen:</del></p> <p><del>aus laufender Verwaltungstätigkeit</del></p> <p><del>1.— Jahresergebnis der Ergebnisrechnung,</del></p> <p><del>2.— zuzüglich der Abschreibungen und abzüglich der Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens,</del></p> <p><del>3.— abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüssen,</del></p> <p><del>4.— zuzüglich der Zunahme und abzüglich der Abnahme von Rückstellungen,</del></p> <p><del>5.— abzüglich der Erträge und zuzüglich der Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens,</del></p> <p><del>6.— zuzüglich der sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und abzüglich der sonsti-</del></p>	<p>angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von <b>Liquiditätskredit</b>en),</p> <p>36. haushaltsunwirksame Auszahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von <b>Liquiditätskredit</b>en <b>Kassenkredit</b>en),</p>	
---	--	--

<p>gen nicht zahlungswirksamen Erträge (einschließlich sonstiger außerordentlicher Erträge und Aufwendungen);</p> <p><del>7. abzüglich der Zunahme und zuzüglich der Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind;</del></p> <p><del>8. zuzüglich der Zunahme und abzüglich der Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind;</del></p> <p>aus Investitionstätigkeit</p> <p><del>9. Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen; davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten;</del></p> <p><del>10. zuzüglich Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens;</del></p> <p><del>11. abzüglich Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen;</del></p>		
--	--	--

~~12. zuzüglich Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens;~~

~~13. abzüglich Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen;~~

aus Finanzierungstätigkeit

~~14. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen;~~

~~15. abzüglich Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse;  
davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten;~~

aus haushaltsunwirksamen Vorgängen

~~16. Einzahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Rückzahlung von angelegten Kassensmitteln, Aufnahme von Liquiditätskrediten Kassenskonten)~~

~~17. Auszahlungen (insbesondere fremde Zahlungsmittel, Anlegung von Kassensmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten Kassenskonten)~~

Für jedes Haushaltsjahr sind dabei auszuweisen

- ~~1. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8) als Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit;~~
- ~~2. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 9 bis 13) als Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit;~~
- ~~3. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 14 und 15) als Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit;~~
- ~~4. der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Nr. 16 und 17);~~
- ~~5. die Summe der Salden nach Nr. 1 bis 4 als Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres;~~
- ~~6. die Summe des Zahlungsmittelüberschusses oder Zahlungsmittelbedarfs des Haushaltsjahres (Nr. 5) und der Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres als Endbestand~~

<p><del>der Zahlungsmittel am Ende des Haushaltsjahres.</del></p> <p><del>In einer Anlage zur Finanzrechnung sind die Einzahlungen und Auszahlungen zusätzlich in der Gliederung nach Abs. 2 anzugeben.</del></p> <p>(4) Den Posten der Finanzrechnung sind die fortgeschriebenen Planansätze des Finanzhaushalts gegenüberzustellen und die Planabweichungen darzustellen.</p> <p>§ 54 Kapitalflussrechnung</p> <p>(1) Auf die Kapitalflussrechnung findet der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 (DRS 21) - Kapitalflussrechnung - vom 4. Februar 2014 (BAHz AT 8. April 2014 B2 in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.</p> <p>§ 55 Konsolidierungsbericht und Angaben zum nicht konsolidierten Beteiligungsbesitz</p> <p>(1) In dem Bericht über den zusammengefassten Jahresabschluss sind darzustellen:</p> <p>1. ein Gesamtüberblick, bestehend aus</p>	<p>(3) Den Posten der Finanzrechnung sind die fortgeschriebenen Planansätze des Finanzhaushalts gegenüberzustellen und die Planabweichungen darzustellen.</p> <p>§ 54 Kapitalflussrechnung</p> <p>(1) Auf die Kapitalflussrechnung findet der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 (DRS 21) - Kapitalflussrechnung - vom 4. Februar 2014 (BAHz AT 8. April 2014 B2), <b>zuletzt geändert durch Artikel 11 Deutscher Rechnungslegungs Änderungsstandard Nr. 6 vom 21. Juni 2016 (BAHz AT 21.06.2016 B1)</b>, in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.</p> <p>§ 55 Konsolidierungsbericht und Angaben zum nicht konsolidierten Beteiligungsbesitz</p> <p>(1) In dem Bericht über den zusammengefassten Jahresabschluss sind darzustellen:</p> <p>1. ein Gesamtüberblick, bestehend aus</p>	<p>Redaktionelle Anpassung</p>
--	---	--------------------------------

<p>a) einer Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gemeinde, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild unter dem Gesichtspunkt der stetigen Erfüllung der Aufgaben vermittelt wird,</p> <p>b) <del>Angaben über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Organisationseinheiten und Vermögensmassen, deren Jahresabschlüsse mit dem der Gemeinde zusammengefasst worden sind,</del></p> <p>c) einer Bewertung des zusammengefassten Jahresabschlusses unter dem Gesichtspunkt der dauernden Leistungsfähigkeit,</p> <p style="text-align: center;">§ 58 Begriffsbestimmungen</p> <p>Bei der Anwendung dieser Verordnung sind die nachfolgenden Begriffe zugrunde zu legen:</p> <p>20. Kredite das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit</p>	<p>a) einer Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gemeinde, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild unter dem Gesichtspunkt der stetigen Erfüllung der Aufgaben vermittelt wird,</p> <p>b) einer Bewertung des zusammengefassten Jahresabschlusses unter dem Gesichtspunkt der dauernden Leistungsfähigkeit,</p> <p style="text-align: center;">§ 58 Begriffsbestimmungen</p> <p>Bei der Anwendung dieser Verordnung sind die nachfolgenden Begriffe zugrunde zu legen:</p> <p>4. <b>Anlagevermögen</b> <b>Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung/dem Geschäftsbetrieb /Erläuterungen VKR zu dienen und nicht Rechnungsabgrenzungsposten sind (immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen, Finanzanlagen),</b></p> <p>21. Kredite <b>das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen</b></p>	<p>Zur Vermeidung einer Redundanz zwischen Beteiligungsbericht und Gesamtabchluss soll § 55 Abs. 1 Nr. 1 b gestrichen werden.</p> <p>Neben dem Umlaufvermögen (§ 58 Nr. 34 soll auch das Anlagevermögen in die Begriffsbestimmungen aufgenommen werden</p>
--	--	--



3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werden- den Auszahlungen,	3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werden- den Auszahlungen,	
4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten,	4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten,	
5	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen,	5	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen,	
6	Übersicht über die den Fraktionen nach § 36a Abs. 4 der Hessischen Gemeindeord- nung zur Verfügung gestellten Haushaltsmit- tel,	6	Übersicht über die den Fraktionen nach § 36a Abs. 4 der Hessischen Gemeindeord- nung zur Verfügung gestellten Haushaltsmit- tel,	
7	Ergebnishaushalt,	7	Ergebnishaushalt,	
8	Finanzhaushalt (§ 3 Abs. 1),	8	Finanzhaushalt (§ 3 Abs. 1),	
9	Finanzhaushalt (§ 3 Abs. 2),	9	<del>Finanzhaushalt (§ 3 Abs. 2),</del>	
10	Teilergebnishaushalt,	10	Teilergebnishaushalt,	
11	Teilfinanzhaushalt,	11	Teilfinanzhaushalt,	
12	Produktbereichsplan,	12	Produktbereichsplan,	
13	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen (KVKR),	13	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen (KVKR),	
14	Stellenplan,	14	Stellenplan,	
15	Ergebnisrechnung,	15	Ergebnisrechnung,	
16	Finanzrechnung (§ 47 Abs. 2),	16	Finanzrechnung (§ 47 Abs. 2),	
17	Finanzrechnung (§ 47 Abs. 3),	17	<del>Finanzrechnung (§ 47 Abs. 3),</del>	
18	Teilergebnisrechnung,	18	Teilergebnisrechnung,	
19	Teilfinanzrechnung,	19	Teilfinanzrechnung,	
20	Vermögensrechnung (Bilanz),	20	Vermögensrechnung (Bilanz),	
21	Übersicht über den Stand des Anlagevermö- gens (Anlagenspiegel),	21	Übersicht über den Stand des Anlagevermö- gens (Anlagenspiegel),	
22	Finanzstatusbericht,	22	Finanzstatusbericht,	
sind für die Gemeinden verbindlich. Die Bestand- teile und Anlagen zum Haushaltsplan nach § 1		sind für die Gemeinden verbindlich. Die Bestand- teile und Anlagen zum Haushaltsplan nach § 1		



<p>Abs. 1 und <del>4 Nr. 2, 4 und 5</del> sind den kommunalen Aufsichtsbehörden in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. 3Das für kommunale Angelegenheiten zuständige Ministerium kann Ausführungsbestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen.</p>	<p>Abs. 1 und <b>5 Nr. 2, 3, 4, 5 und 11</b> sind den kommunalen Aufsichtsbehörden in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. 3Das für kommunale Angelegenheiten zuständige Ministerium kann Ausführungsbestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen.</p>	
--	---	--